**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 84 (2006)
**Heft:** 3

**Artikel:** Zürichs Kosakenzeit : der Streiksommer 1906 und seine Folgen
**Autor:** Koller, Christian
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-341985

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 30.11.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Zürichs Kosakenzeit: Der Streiksommer 1906 und seine Folgen

Christian Koller

«[...] wer als Arbeiter den ‹Kosakensommer' in Zürich mitgemacht hat, dem bleibt sicher die Erinnerung daran für alle Zeiten. Er hat verstehen gelernt, dass auch in der Demokratie das Bürgertum seinen Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft so scharf, ja vielleicht noch schärfer führt als in Staaten mit andern Formen.»[1] Diese Aussage von Max Tobler, der 1906 die Zürcher Arbeiterunion präsidiert hatte und fünf Jahre später eine Broschüre über das Streikjahr publizierte, weist auf den starken Eindruck hin, den die Ereignisse des Sommers vor hundert Jahren auf die Zeitgenossen machte und wird bestätigt durch den Umstand, dass noch ein Dreivierteljahrhundert später Veteraninnen und Veteranen der Zürcher Arbeiterbewegung mit Empörung vom Wirken der berittenen Militäreinheiten in den Arbeiterquartieren zu berichten wussten und dieses häufig als Schlüsselerlebnis für das eigene Engagement in Partei und Gewerkschaft bezeichneten.

Im Jahre 1906 wurde der Kanton Zürich von einer regelrechten Streikwelle erschüttert. Hatte es in der Stadt Zürich 1902 und 1903 je 15 Streiks gegeben, so waren es 1904 28 und 1905 38, 1906 aber deren 50. Diese Zunahme erfolgte auf dem Höhepunkt eines Konjunkturzyklus. Die Industrie war seit 1904 rasch gewachsen, die Reallöhne stiegen aber weit weniger stark. Als zweites spielten die zahlreichen Streiks in Russland, die Ende 1905 in einen Generalstreik und in den Moskauer Aufstand mündeten, eine Rolle. Wie in anderen westeuropäischen Staaten nahm man in der Schweiz an diesen Vorgängen lebhaften Anteil. In der sozialistischen Bewegung intensivierten sich die Diskussionen um den politischen Massenstreik (s. Rote Revue 4/2005). Von der Diskussion über die Ereignisse in Russland rührte auch die Bezeichnung der im Streiksommer 1906 in Zürich eingesetzten Kavallerie als «Kosaken» her. Schliesslich ist noch auf den Wohnungsmarkt hinzuweisen. Für die Wende zum 20. Jahrhundert ist ein starker Zusammenhang zwischen den Leerwohnungsziffern und der Streiktätigkeit nachgewiesen worden, wobei 1905/06 die Wohnungsnot einen Höchststand erreichte.

Bereits im Februar 1906 traten in Zürich die Gipser und Parkettleger in den Ausstand, im April die Maler und Maurer, im Mai die Bauhandlanger, Steinhauer, Gipser und Zimmerleute. Am 15. Juni begannen 76 Metallarbeiter des Automobilwerkes Arbenz in der Vorortsgemeinde Albisrieden zu streiken. Sie forderten die

[1] Max Tobler, Ein Stück Klassenkampf in der Schweiz. Das Streikjahr 1906 in Zürich, Zürich o. J. [1911], S. 45.

Wiedereinstellung eines Arbeiters, dem wegen seiner Funktion als Werkstattdelegierter gekündigt worden war, die Entlassung zweier Werkmeister sowie 10 Prozent mehr Lohn. Tags darauf entliess der junge Firmeninhaber die gesamte Belegschaft und stellte Streikbrecher ein. Hinter Arbenz stand der kurz zuvor gegründete «Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinenindustrieller». Die Streikenden, die zunächst auf eigene Faust gehandelt hatten, wurden vom Metallarbeiterverband unterstützt, den die Maschinenindustriellen aber nicht als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannten.

Nach einigen Tagen begann dieser Arbeitskampf zu eskalieren. Am 27. Juni demonstrierten etwa 500 Arbeiter vor der Fabrik und verfolgten einzelne Streikbrecher. Fünf Tage darauf trafen Steinwürfe das Auto des Firmeninhabers, was zwei Verhaftungen nach sich zog. Daraufhin erliess die Zürcher Kantonsregierung eine Proklamation an die Bevölkerung und versetzte militärische Einheiten in Alarmbereitschaft. Wenig später wurden in der Nähe der Kaserne Zürich zahlreiche antimilitaristische Plakate angebracht. Am 5. Juli traten auch die Maurer erneut in den Ausstand; 2000 von ihnen besuchten eine Versammlung im «Velodrom». Tags darauf fanden Delegiertenversammlungen der Arbeiterorganisationen statt, in denen beschlossen wurde, für den Fall eines Truppenaufgebots den Generalstreik anzudrohen. Auch die Geschäftsleitung der kantonalen Sozialdemokratischen Partei missbilligte das Verhalten der Polizei sowie ein allfälliges Militäraufgebot. Am 10. Juli legte das neugeschaffene städtische Einigungsamt einen Vergleichsvorschlag für den Bau vor, der von den Arbeitgebern jedoch rundweg abgelehnt wurde. In diesen Tagen forderte Arbenz in Eingaben an die Behörden wiederholt ein Verbot der Streikposten, die zum Teil von «fremden Wegelagerern» gestellt würden.

Am 16. Juli kam es in Albisrieden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Bauern. Am Nachmittag hatten sich 30 bis 40 Streikende im «Friedbrunnen», dem Versammlungslokal des Arbeitervereins, aufgehalten und über die Streiklage diskutiert. Am Abend zogen sie vor die Fabrik, um auf die Streikbrecher zu warten. Als das mit drei Kantonspolizisten bestückte Automobil des Direktors vorfuhr, legten Streikende eine Zementröhre über die Strasse. Inzwischen hatten sich auch zahlreiche Albisrieder auf dem Platz versammelt, die von den Streikenden mit Begriffen wie «Bauernlümmel» beschimpft wurden. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, aus der Nachbargemeinde Altstetten sei ein Zug von mehreren hundert Arbeitern im Anmarsch. Die Bauern statteten sich nun mit für eine freundeidgenössische Massenschlägerei eigentlich nicht geeigneten Utensilien aus: In den zeitgenössischen Berichten ist von Äxten, Knütteln, Mistgabeln, Dreschflegeln, Sensen, Hacken und Peitschen die Rede. In dieser Situation, in der sich die beiden Gruppen feindselig gegenüberstanden und die Bauern, die sich in der Überzahl befanden, die Arbeiter einzukesseln drohten, traf eine Einheit der Kantonspolizei ein und führte die Arbeiter nach Zürich ab.

Nachdem Polizei und Streikende verschwunden waren, verprügelten die Bauern den 43-jährigen Heizer und Familienvater Heinrich Knecht, der aus seinen Sympathien für den Streik keinen Hehl gemacht hatte. Einige Dorfbewohner versuchten, auch des «Friedbrunnen»–Wirtes habhaft zu werden, der nicht nur ein «Sozi» war, sondern ausserdem ein Zugezogener und erst seit anderthalb Jahren im Dorf wohnte. Er versteckte sich in seinem Weinkeller hinter den Fässern und wurde erst nach anderthalb Stunden von der Polizei aus seiner misslichen Lage befreit. Wenig später drohte erneut Gefahr von aussen. Eine Gruppe

von Schlossern und Mechanikern aus Altstetten, die den Streikenden zu Hilfe eilen wollte, näherte sich der Gemeindegrenze. Einer Aufforderung des Albisrieder Gemeindeammanns zur Umkehr leistete sie keine Folge. Hierauf kam es zu einer Schlägerei. Während der Verfolgung der Arbeiter durch die Bauern fielen auch etwa 30 Revolverschüsse, wobei es umstritten blieb, ob sie scharf waren und wer sie abgegeben hatte. Schliesslich erschien ein zweites Mal die Polizei und nahm 32 Arbeiter fest. Zwei Tage später erliess der Regierungsrat ein Verbot des Streikpostenstehens.

Regelmässig kam es nun auch im angrenzenden Stadtquartier Aussersihl, der Hochburg der Zürcher Arbeiterbewegung, zu Menschenansammlungen und zu Attacken auf Streikbrecher. Ausgangspunkt der Massenaufläufe in den Tagen unmittelbar vor dem Truppenaufgebot war, dass sich in den Strassen und Wirtshäusern die Nachricht von der Prügelei in Albisrieden wie ein Lauffeuer verbreitet hatte. Sowohl am 16. als auch am 17. Juli bildete sich rasch eine mehrhundertköpfige Menschenansammlung vor der Wohnung des populären Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, obwohl dieser am ersten Tag gar nicht zuhause war und sich auch am zweiten Abend nicht aktiv am Geschehen beteiligte (wohl aber verhaftet und für entstandene Schäden verantwortlich gemacht wurde). In der Krisensituation wollte man den Rat einer Autoritätsfigur einholen, wie sie der zum Anarchismus neigende und stark in der Sexualaufklärung engagierte Arbeiterarzt in Aussersihl darstellte.

Da Brupbacher sich nicht an die Spitze der Bewegung stellte, schritten die Arbeiter und offensichtlich auch Arbeiterinnen selbständig zur Tat. Am 16. Juli tauchte in Gestalt der Polizeieinheit mit den in Albisrieden Verhafteten bald eine geeignete Zielscheibe auf. Man verhöhnte sie – im Polizeirapport war von Johlen und Pfeifen die Rede – , um sodann Stunden lang die Polizeikaserne zu belagern und die Freilassung der Gefangenen zu fordern. Am folgenden Abend fehlte ein physisch präsentes Feindbild. Nun zog ein Strassenbahnwagen den allgemeinen Zorn auf sich. Die Menge, in der sich offenbar auch Frauen und Jugendliche befanden, gab dem läutenden Wagen das Geleise nicht frei. Als ein Schaffner telephonisch polizeiliche Hilfe anforderte und damit seine eigene obrigkeitliche Funktion herausstellte, schlug die feindselige Haltung in Gewalt um: Mit Stöcken und Steinen wurden die Fenster des Tramwagens eingeschlagen.

Am 19. Juli bot der Regierungsrat 2500 Mann Infanterie und 111 Kavalleristen aus der Zürcher Landschaft auf und versetzte ein weiteres Bataillon in Alarmbereitschaft. Noch am selben Tag kam es zu Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Kavallerie, die mit gezogenem Säbel Arbeiter durch die Strassen trieb; es gab zahlreiche Verletzte. Die Aussersihlerinnen und Aussersihler verliehen in der Folge verbal immer wieder ihrem Unmut über Militär und Polizei Ausdruck. Teilweise wurde man aber auch handgreiflich und warf etwa aus den Häusern mit leeren Bierflaschen nach Wachtposten und Offizieren.

Trotz der behördlichen Provokationen lehnten die Delegiertenversammlungen der Arbeiterunion und der Gewerkschaften in dieser Situation mit deutlichem Mehr einen Generalstreik ab. Tags darauf wurden mehrere Personen wegen der Verbreitung antimilitaristischer Pamphlete verhaftet, darunter zwei sozialdemokratische Kantonsräte. Am selben Tag kam es erneut zu Zusammenstössen zwischen Militär und Demonstranten. Zwei Italiener, die eine Bierflasche nach einem Offizier geworfen haben sollten, wurden in der Kaserne mit Reitpeitschen

geschlagen. Nachdem sich die Lage etwas beruhigt hatte, wurden am 31. Juli die Truppen entlassen.

Ende Juli und Anfang August veranstalteten verschiedene Arbeitervereine und Gewerkschaftssektionen in und um Zürich Mitgliederversammlungen zur aktuellen Situation und beschlossen Unterstützungsbeiträge für die Streikenden. Am 3. August lancierte der rechts von den beiden grossen bürgerlichen Parteien der Demokraten und Freisinnigen stehende «Bürgerverband» eine Volksinitiative für eine bedeutende Verschärfung des kantonalen Strafgesetzbuches bezüglich Streikvergehen. In zwei Monaten wurden dafür 18776 Unterschriften gesammelt. Anderthalb Jahre später hiess das Zürcher Stimmvolk einen gemässigteren kantonsrätlichen Gegenvorschlag gut, die Arbeiterbewegung konnte aber immerhin über 40 Prozent Neinstimmen verbuchen. Im Stadtkreis Zürich III, der die Arbeiterquartiere Aussersihl und Wiedikon umfasste, betrug der Neinstimmenanteil beinahe 72 Prozent.

Nachdem der Stadtrat eine Demonstration der Arbeiterunion verboten hatte, führte diese am 7. August einen kollektiven «Spaziergang» durch, tags darauf «spazierten» die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Daraufhin erliess der Stadtrat ein Verbot für weitere «Spaziergänge», und der Regierungsrat bot die Kavallerieschwadron 18 auf. Mitte August wurde die Ausweisung von 30 Ausländern angekündigt, darunter des seit 13 Jahren in Zürich lebenden «Volksrecht»-Redaktors Emil Hauth. Gleichzeitig erliess der Regierungsrat ein generelles Demonstrationsverbot im Zusammenhang mit den Streiks.

In der Arbeiterpresse wurden allenthalben Parallelen zum Vorgehen des zaristischen Sicherheitsapparates bei den Aufständen von 1905/06 gezogen. Von einem «Kosakenregiment» war die Rede, von einer «Rücksichtslosigkeit und Brutalität [...] wie sie sich selbst in den rückständigsten Staaten Europas nicht ungenierter ausprägt».[2] Das sozialdemokratische Satireblatt «Der Neue Postillon» schloss ein Gedicht mit dem Titel «Die Schlacht bei Albisrieden» mit dem folgenden Vers:
*«Wir wollen jetzt beweisen*
*Dass in der freien Republik*
*Dem Herrscher aller Reussen*
*Wir über sind mit Knut' und Strick.»*

Aus bürgerlicher Sicht betraf die Schuld an dem ganzen Malheur wesentlich die «Hetzer und Streikapostel», die «sozialistischen und gewerkschaftlichen Machtpolitiker» und «Biergurgler» der «Umsturzpartei», die auf die «irregeführten Genossen» eine «Massensuggestion» ausübten.[4] «Freiheit der Arbeit soll nicht sein, wenn sie einem Geheimkomite nicht passt», klagte etwa der «Zürcher Bauer».[5] Radikale Stimmen aus dem Bürgertum hofften, es bedürfe nur noch «eines kleinen Anstosses, so werden die unter der Asche glühenden Funken zu hellem Feuer angefacht, das die Gewerkschaften mit samt ihren ausländischen Schreihälsen mit einem Schlage wegrasiert».[6] Die Arbeiterunion und die Gewerkschaften seien «Gebilde, die nach ihrer Zusammensetzung unschweizerisch, nach Zweck und Mitteln rechtswidrig und staatsfeindlich und deshalb nicht länger zu dulden sind. Diese hochverräterischen Gebilde haben keinen Anspruch auf den Schutz der Vereinsfreiheit, die sie missbrauchen.»[7]

Man versäumte es auch nicht, den angeblich unschweizerischen Charakter der Arbeiterbewegung allenthalben hervorzustreichen. Eine Versammlung von über 500 Baumeistern aus der ganzen Schweiz betonte, die Streiks seien «meist

[2] Volksrecht, 18.8.1906 und 31.7.1906.
[3] Der Neue Postillon, August 1906.
[4] NZZ, 25.6.1906, 22.7.1906, 14.8.1906, 4.9.1906; Zürcher Volksblatt, 19.7.1906, 18.8.1906.
[5] Zürcher Bauer, 10.8.1906.
[6] Zürcher Volksblatt, 19.7.1906.
[7] Zürcher Volksblatt, 18.8.1906.

von ausländischen, zu diesem Zwecke in die Schweiz abgeordneten Agitatoren inszeniert».[8] Auch die NZZ sprach von «Ausländerei»: «Sie ist in allem erkennbar, in der Presse, im taktischen Vorgehen: nirgends eine Spur schweizerischer Bodenständigkeit, nichts als Kopie ausländischer Muster.»[9] Etwas volkstümlicher beliebte sich der «Zürcher Bauer» auszudrücken: «Kaum hat ein Schwabe bei uns zwei Suppen gegessen, so führt er schon das grosse Wort und weiss besser, was für uns passt, als wir selber.»[10]

Am 20. August wurde der Maurerstreik abgebrochen. Drei Tage darauf feierten mehrere Tausend Arbeiter im «Velodrom» Abschied von Emil Hauth. Am folgenden Tag fand ein Kriegsgerichtsprozess gegen sechs Personen statt, die der Verbreitung antimilitaristischer Propaganda beschuldigt wurden. Das Gericht verurteilte den sozialdemokratischen Kantonsrat Johannes Sigg wegen «vollendeter Meuterei» zu acht Monaten Gefängnis und einem Jahr Einstellung im Aktivbürgerrecht. Die übrigen Angeklagten, darunter auch eine Frau, wurden freigesprochen. Dem seit sieben Jahren eingebürgerten Anwalt David Farbstein, der die Angeklagten verteidigte, hielt die NZZ vor, «in den Dingen, welche die Nation so intim berühren wie unsere Armee» sei «eine gewisse Zurückhaltung schweizerischer Neophyten am Platze».[11] Am 5. September wurde der Arbenzstreik erfolglos abgebrochen; nur zwei der Streikenden wurden wieder eingestellt. Im Dezember fand vor dem Bezirksgericht Zürich ein Prozess gegen 24 an den Streikunruhen beteiligte Personen statt. Sieben davon wurden verurteilt, darunter auch zwei Bürger, die einen Streikenden misshandelt hatten.

Vom 27. August bis 17. September debattierte der Zürcher Kantonsrat über den Regierungsbericht zu den Ereignissen, bei denen 165 Personen festgenommen worden waren, sowie über mehrere Interpellationen. Die bürgerliche Mehrheit hiess die Truppenaufgebote, deren Kosten sich auf 75 000 Franken beliefen, sowie die übrigen Massnahmen der Regierung gut. Herman Greulich, der «Vater» der Zürcher Arbeiterbewegung, rief in dieser Debatte den Bürgerlichen zu: «Wir haben keine Niederlage erlitten. [...] Wir wollen keine Revolution, aber das kann ich Ihnen sagen, wenn Sie unsere jahrzehntelangen Bestrebungen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage noch weiter mit Polizei und Militär unterdrücken, so wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir in Zürich die Mehrheit haben.» Tatsächlich entstanden in den folgenden Monaten zahlreiche neue Parteisektionen und die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stiegen massiv an. Bis zur Erringung einer linken Mehrheit wenigstens in der Stadt Zürich sollte es aber noch ganze 22 Jahre dauern.

[8] NZZ, 23.7.1906; Der Bund, 24.7.1906.
[9] NZZ, 22.9.1906.
[10] Zürcher Bauer, 21.9.1906.
[11] NZZ, 22.9.1906.